

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1949 1948

96 (26.10.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft mbH, Lehr (Baden), Bankkonto: Oberrheinische Bank, Filiale Lehr, Postfachkonto 4409 Freiburg, Kadastrier: Lehr, Telefon 2369 — Geschäftsstelle und Besichtigungsstelle: Rastatt, Telefon 2307
Postfachkonto Kehlstraße 2046, Girokonto Besichtigungsstelle Rastatt — Geschäftsstelle und Besichtigungsstelle: Freiburg i. Br., Telefon 6763 — Geschäftsstelle und Besichtigungsstelle: Lösselbach, Telefon 8451 — Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag, Samstag — Bezugspreis: DM 2.10 einschließlich Trägerlohn, DM 2.10 bei Postbestellung — Gekaufte Anzeigen- und Preisliste 4 — Telegramm-Adresse: „Neubaden“

NR. 96 / 2. JAHRG.

A 8

DIENSTAG, DEN 26. OKTOBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Wiederaufbau-Finanzierung in Südbaden

Aufwertung abgewerteter Hypotheken und Grundschulden für Wiederaufbaufond / 5 Mill. DM und langfristige Kredite für Wohnungsbau / Ausfallbürgschaft für Demontagebetriebe / 30-Mill.-Anleihe für Finanzierungs-AG.

Wenig Hoffnung auf Erfolg des Sicherheitsrats — Erzbischof Dr. Rauch legt den Treueid ab — Rückgang der dänischen Stimmen bei den Wahlen in Schleswig-Holstein — Frühjahr 1949 letzte Angriffschance für Rußland

Freiburg. In einer Rundfunkrede erörterte der badische Finanzminister Dr. Ecker die bestehenden Möglichkeiten zur Finanzierung des Wiederaufbaus und die Maßnahmen, die vom Staat für diesen Zweck getroffen werden. Die Landesregierung hat den Wunsch, diese Finanzierung zu erleichtern und die Zeit zu überbrücken, bis die früher übliche Baufinanzierung durch Sparkassen und Hypothekenbanken wieder gangbar wird. Sie wird dem Landtag demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den unter teilweiser Vorwegnahme des Lastenausgleichs die abgewerteten Hypotheken und Grundschulden aufgewertet und einem Wiederaufbau zugewandt werden, aus dem über die badische Landeskreditanstalt für Wohnungsbau etwa 5 Millionen D-Mark rasch dem Wohnungsbau zufließen werden.

Durch ein weiteres Gesetz sollen etwa 10 Millionen D-Mark bereitgestellt werden und durch Vermittlung der Hypothekenbanken und der badischen Kreditanstalt für Wohnungsbau als langfristige Kredite zu relativ niedrigem Zins für den Wiederaufbau und Neubau von Wohnungen zur Ausgabe gelangen.

Sobald diese Gesetze in Kraft getreten sind, werden in erster Linie private und gemeinnützige Baunternehmen über die Hypothekenbanken oder die badische Landeskreditanstalt Kredite für Wohnungsbau aufnehmen können.

Ein weiteres Bemühen der Regierung richtet sich darauf, wirtschaftlichen Unternehmungen mittel- und langfristige Kredite zu eröffnen. Vor allem soll den Betrieben geholfen werden, die durch die Demontage betroffen worden sind, um sie vor Stilllegung und Entlassung ihrer Belegschaft zu bewahren. Hierzu soll die Ausfallbürgschaft bis zu 5 Millionen D-Mark dienen, die nach einem dem Landtag vorliegenden Gesetzentwurf das Land Baden übernehmen soll.

Daneben haben die Länder der französischen Zone gemeinsam bereits kurz vor der Währungsreform die Finanzierungs-AG in Speyer gegründet, der nach der Währungsreform noch ein Grundkapital von 3 Millionen D-Mark zu Verfügung steht. Davon können für Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden je 1 Million für kurz- und mittelfristige Finanzierungen in Anspruch genommen werden. Der Zins für diese Kredite wird 6 Prozent betragen, wozu noch Spesenzuschlag in Höhe von etwa 1 1/2 Prozent pro Jahr kommen wird.

Für Kreditbedürfnisse, die an die Finanzierungs-AG in Speyer herangebracht werden, soll über die ausbleibenden Mittel hinaus in absehbarer Zeit eine Anleihe in Höhe von 30 Millionen D-Mark zur Verfügung stehen. Es ist beabsichtigt, die Mittel dafür aus einem halben Prozent der bisher gesperrten zweiten 3-Prozent-Festkonten zu

gewinnen. Da die Anleihe, die mit 5 Prozent verzinst und unter Staatsbürgschaft aufgenommen wird, eine Laufzeit von 5 Jahren haben wird, kann die Finanzierungs-AG in Speyer aus dieser Anleihe mittel- und langfristige Kredite zu 6 Prozent geben. Es ist damit zu rechnen, daß der badischen Wirtschaft ein Anteil von ungefähr 10 Millionen D-Mark an Kredit zugänglich gemacht wird.

Dr. Remmele zum Lastenausgleich
Währungsreform und Lastenausgleich — Keulenschläge für das deutsche Volk

Kaisruhe. Auf einer Mitgliederversammlung der SPD in Durlach erklärte Staatsminister a. D. Dr. Remmele, Mitglied der Lastenausgleichskommission des Wirtschafts-

rates in Frankfurt, in einem Referat über die Wirtschafts- und soziale Lage, ausgebotene Hausbesitzer könnten im Rahmen des Lastenausgleiches kaum mit einer Entschädigung rechnen. Der Lastenausgleich bleibe im wesentlichen auf dem landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitz liegen. Der Minister zeichnete ein pessimistisches Bild vom bevorstehenden Lastenausgleich, den er zusammen mit der Währungsreform, die noch keineswegs in ihren Wirkungen abgeschlossen sei, als zwei Prozesse bezeichnete, die wie Keulenschläge auf das deutsche Volk wirkten. Den Lastenausgleich schilderte er als einen Kampf aller gegen alle, der auch quer durch die Parteien hindurchgehen werde. Geduld und alle unsere Kräfte für friedliche Zwecke zu nutzen, könnte uns allein der Not ertrinnen lassen.

Demokratische Gewinne in Schleswig-Holstein

Verluste der Kommunisten und Sozialdemokraten

Kiel. Das hervorstechendste Ergebnis der Kommunal- und Kreistagswahlen in Schleswig-Holstein ist das Anwachsen der deutschen Stimmen in Südschleswig. So konnte der deutsche Stimmenanteil in der Stadt Flensburg von 34% im Jahre 1946 auf 50% gesteigert werden. Auch die Ergebnisse in der Stadt Schleswig, in Husum und in den Landgemeinden zeigen einen Rückgang der dänischen und ein Anwachsen der deutschen Stimmen.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse aus den vier kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins: Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster, ergibt, daß die Stimmenabgabe für die SPD von 131 000 auf 122 000 zurückging, während die CDU gegenüber den Landtagswahlen von 88 000 auf 113 000 Stimmen anstieg. Die

KPD fiel von 18 000 auf 12 600 Stimmen zurück, während die FDP ihre Stimmenzahl von 6 000 auf 11 000 steigern konnte. Die südschleswigsche Wählervereinigung erhielt in den vier kreisfreien Städten ca. 31 000 Stimmen gegenüber 33 000 im April 1947.

Eine Zwischenzählung der bisher vorliegenden Wahlergebnisse aus 26 Städten und größeren Gemeinden Schleswig-Holsteins zeigt, daß die SPD mit 39% von 509 880 abgegebenen Stimmen an der Spitze der Parteien steht. Dichtauf folgt die CDU, die 36,4% Stimmen für sich buchen kann. Der SSW erhielt 19,1%, die FDP 4,3%, während für die KPD 2,4% der Wähler stimmten. Die übrigen Parteien konnten insgesamt 7% der Stimmen erhalten. Für die unabhängigen Kandidaten stimmten 4,1%.

Kritisches Frühjahr 1949

45 Divisionen sollen den Rhein verteidigen — Westeuropäischer Generalstab an der Arbeit

Paris. Das Schloß Fontainebleau ist zum Hauptquartier des Generalstabs der Westunion gewählt worden. Feldmarschall Montgomery wird hier sein „vorgeschobenes“ HQ haben, während das große Hauptquartier der Westunion seinen Sitz im Dover-House in dem Londoner Stadtviertel von Whitehall haben wird.

General de Lattre de Tassigny, dem die Landstreitkräfte der Brüsseler Mächte unterstehen, hatte zusammen mit dem britischen Luftmarschall Sir James Robb dieser Tage wichtige Gespräche mit dem niederländischen Oberkommandierenden in Den Haag und anschließend mit dem belgischen Generalstab in Brüssel. In London hat unterdessen Feldmarschall Lord Montgomery mit den Ministerpräsidenten des Commonwealth über die Notwendigkeiten der Verteidigungsbereitschaft und über den geplanten Atlantikpakt verhandelt. Am Montag trafen die Außenminister der Fünf erneut in Paris zusammen, um neben militärischen Fragen die Möglichkeit einer Erweiterung der Westunion zu beraten.

Kombination von Marshall-Plan und neuem Pacht- und Leihhilfe

In Amerika ist man nicht weniger aktiv. Wenn auch die Wahl eines neuen Präsidenten und der Zusammentritt des neuen Kongresses im Januar abgewartet werden muß, werden alle Vorarbeiten jedoch zum Abschluß gebracht, um zu Beginn des Jahres den Atlantikpakt dem USA-Parlament vorlegen zu können. Militärische Vertreter der fünf Westmächte stehen seit Monaten bereits in enger Verbindung mit dem kombinierten amerikanisch-kanadischen Generalstab. Es ist nicht anzunehmen, daß Amerika ohne weiteres die Gesamtausrüstung Europas zu finanzieren gewillt ist, sondern es wird sich darum handeln, eine Kombination zwischen Marshall-Plan und einer neuen Pacht- und Leihhilfe zu finden, die ermöglicht, einen Teil der mit Marshall-Plan-Geldern

angekurbelten Industrie für Rüstungsbedürfnisse arbeiten zu lassen.

Zwei-Monats-Verproviantierung

Die Washingtoner Besprechungen werden von den USA-Stellen mit dem sogenannten Botschafter-Komitee geführt, das seine Informationen von dem Generalstab Lord Montgomery erhält. Die Bedeutung man dieser Konferenzen bezieht, geht aus Erklärungen Foster Dulles' und Harrimans hervor, nach denen im Augenblick das Hauptaugenmerk Amerikas auf die Sicherung Europas gerichtet sei, was für wichtiger als der Marshall-Plan selbst angesehen werde. Als erstes soll die Ausrüstung von 30 europäischen Divisionen sichergestellt werden. 45 Divisionen werden für die Verteidigung der Rheinlinie als notwendig erachtet, von denen 15 bereits verfügbar sind. Ein zweites Problem bilden die europäischen Flugbasen, von denen aus die amerikanischen Superfestungen in einem Ernstfall eingesetzt werden sollen, darunter auch spanische. Diese Flugplätze sollen beschleunigt ausgebaut, mit Unterkünften versehen, munitioniert und mit unterirdischen Öl- und Benzintanks ausgestattet werden. Für den Bedarf von zwei Monaten soll alles, was für den Betrieb und Einsatz der Superfestungen notwendig ist, gelagert werden.

USA sind optimistisch

Amerikanischerseits befürchtet man, daß die Zeit des endenden Winters und beginnenden Frühjahrs 1949 die kritischste für Westeuropa werden könnte. Der Kreml wisse, wie man in der Umgebung von Foster Dulles und Harriman meint, daß die Organisation des Atlantikpakt es um diese Zeit ihrer Vollendung entgegengehe und könne darin eine Veranlassung sehen, die „letzte Chance“ für einen Angriff auszunutzen. Aber auch bis zu diesem Zeitpunkt werde man soweit sein, daß ein Vordringen der Russen verhindert werden könne.

Politische Familien-GmbH.

Baden sei ein „Musterland“, sagt Leo Wohleb, Staatspräsident von Gottes Gnaden, und möchte darum sein Ländchen eifersüchtig bewahren. Das mit dem Musterlande stimme schon lange nicht mehr, das sei einmal gewesen, meint das Volk hingegen, und die sich ein wenig in der Geschichte unseres engeren Vaterlandes auskennen, wissen, daß sich Baden diesen Ehrentitel unter liberaler Aera in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erworben hat, und zwar im Kampf gegen die politischen Ahnen des Herrn Wohleb. Südbaden hat sich des Anspruchs, ein Musterlande zu sein, gar vollends begeben, seit es das Pech hat, von einer ausschließlichen CDU-Regierung zwar beherrscht, aber nicht regiert zu sein.

Die CDU sei eine Familien-GmbH, hat einer gesagt, der es wissen muß, weil er Teilhaber war; in ihr sei die Atmosphäre des Intrigantentums, der politischen und geistigen Enge und der schlotternden Angst um den Verlust von Ämtern und Pöschchen zuhause. Wir haben nicht den mindesten Grund, die Richtigkeit dieser Selbsteinschätzung aus eigenen Reihen zu bezweifeln, und ebenso wenig die Herrn Wohleb vorgeworfene heymungslose Parteidiktatur. Es ist nicht schwer, in das Firmenschild der Partei neben anderem auch das Wort „demokratisch“ aufzunehmen, aber es ist irreführend. Demokratie ist mehr als Summe von Mandaten, sie ist Anschauung und innere Haltung; formale und wirkliche Demokratie sind grundverschiedene Dinge. Man kann getrost den Eid auf demokratische Verfassungen geschworen haben, ohne vom Flügel-schlag demokratischen Geistes gestreift worden zu sein, denn Demokratie ist Toleranz, Gerechtigkeit und Überparteilichkeit des Handelns.

Die Badische Verfassung verpflichtet in ihrem Artikel 88 die Mitglieder der Landesregierung, das übertragene Amt gerecht und unparteiisch zu verwalten. Die CDU-Regierung aber ist die personalisierte Parteilichkeit und Intoleranz, für die Deutschland leider sehr anfällig zu sein scheint, und ist eine Gefahr für die politische Moral. Monopolbildung in der Politik ist mindestens so gefährlich wie Monopolbildung in der Wirtschaft, denn sie erliegt nur zu oft der Versuchung, dank der Parteiübermacht absoluter Mandatsmehrheit die anderen Parteien zu terrorisieren und ihr Recht unter die Füße zu treten. Fällt ihr überdies der Staatsapparat in die Hand, so ist die zufällige Minderheit der Parteilichgewalt gnadenlos ausgeliefert. Die badische Landesregierung mit Staatspräsident Wohleb an der Spitze hat erneut hierfür ein klassisches Schulbeispiel geliefert.

Nicht nur Kalorienempfänger hat eine verwaltende, verordnende und verteilende Bürokratie in „Verbraucher-kategorien“ unterteilt, sondern auch die Parteien. Seit geraumer Zeit stehen diese in Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes. Wollen sie ihrer staatspolitischen Aufgabe genügen, die Wähler über ihre Stellungnahme zu Tages- und Zukunftsfragen, ihre Ziele und ihr Programm aufzuklären, so müssen ihre Kandidaten und Redner beweglich sein. Nicht jede Gemeinde hat einen Staatsbahnhof, und viele Parteiredner müssen an einem Abend in zwei, an Sonntagen sogar vor drei und vier Versammlungen in oft entlegenen Orten sprechen. Mag der Kraftwagen, der einem Redner in Erfüllung seines Auftrags zur Verfügung steht, eine noch so bescheidene Nuckelpinne sein, deren einziger Vorzug die vier Räder sind, so braucht sie doch Benzin. Die Militärregierung trägt dieser Notwendigkeit Rechnung, indem sie in Beachtung demokratischer Spielregeln der „Verbraucher-kategorie Parteien“ zu Wahlzeiten eine bestimmte Treibstoffmenge zufließt. Im Gegensatz hierzu fühlt sich die CDU-Landesregierung, in deren Händen die Verteilung liegt, keineswegs bemüht, sich ebenso fair an demokratische Spielregeln zu halten.

Hat eine zu unparteilicher Verwaltung des von Volke übertragenen Amtes verpflichtete Regierung diesen Auftrag schon früher verfehlt, indem sie den Parteizeitungen das

Franz Lehár gestorben

Wien. Franz Lehár, der bekannte Operettenkomponist, ist, wie die Oesterreichische Presseagentur meldet, am Sonntag im Alter von 78 Jahren in seiner Villa in Bad Ischl bei Salzburg verstorben. Lehár litt bereits seit längerer Zeit an Magenkrebs.

Paris ist pessimistisch

Paris. Nur ein Frontwechsel der Sowjetregierung kann, wie unterrichtete Kreise der französischen Hauptstadt glauben, auf der Sitzung des Welticherheitsrates noch zu einer Lösung der Berliner Krise führen. Nachdem am Samstag der Vorsitzende des Sicherheitsrates, Bramuglia, mit dem Sowjetvertreter Wjatschinski eine nochmalige Besprechung geführt hatte, scheinen die internen Verhandlungen am Sonntag zum Stillstand gekommen zu sein. Auch von seiten der anderen an der Berliner Frage interessierten Parteien wurden keinerlei Schritte mehr unternommen, so daß es den Anschein hat, daß die von den „Neutralen“ eingebrachte Resolution in ihrer augenblicklichen Form nach wie vor für die Sowjetunion unannehmbar ist. Bramuglia hatte die Sitzung am Freitag auf Montag nachmittags verlegt, um den Mächten, die noch nicht Gelegenheit hatten, den endgültigen Text der Resolution zu studieren, Gelegenheit zu geben, ihn in aller Ruhe zu überprüfen.

Bedeutung der Kreiswahlen

Am 14. November finden neben den Gemeindevahlen auch die Kreiswahlen statt. Wohl liegt das Schwergewicht des Interesses bei den Wahlen für die Gemeinde, die ja für die Belange der einzelnen direkt zuständig ist. Es wäre jedoch grundfalsch, darüber die Bedeutung der Kreiswahlen zu überschätzen. Zahlreiche Fragen des öffentlichen Lebens, die für uns alle von entscheidender Tragweite sind, werden in der Kreisversammlung, dem zwischen Landrat und Gemeindeväter fungierenden Gremium, entschieden. Gerade im Kreis besteht die Gefahr, daß die durch den Landrat verkörperte Staatsautorität mit übertriebenen Ermächtigungsansprüchen und nach kommandowirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert. Die DP trat von Anfang an für eine stärkere Betonung der Kreisverwaltung ein, die uns als unbedingte Voraussetzung einer demokratischen Kreisverwaltung (erschließen). Der demokratische Abgeordnete Menges trat immer wieder dafür ein, durch eine entsprechende neue Ordnung des Kreises den Landratsämtern ausschließlich staatliche Aufgaben zuzuweisen, um dadurch dem Willen des Volkes in der Kreispolitik stärkeren Raum zu verschaffen. Die neue Kreisordnung, zu der ein eingehender Vorschlag der demokratischen Fraktion beim Präsidenten des Badischen Landtags vorliegt, konnte leider die Beratung im Landtag noch nicht passieren. Damit der demokratische Wille sich im Rahmen der gegenwärtig noch bestehenden Kreisordnung weitgehend zum Durchbruch gelange, dafür sind die Kreiswahlen entscheidende Voraussetzung. Gerade im Kreis Freiburg erreichten die bisherigen demokratischen Kreisräte Menges und Haberer bedeutende Neuerungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Sektor. Damit auch weiterhin demokratisches Gedankengut in die Kreispolitik Eingang finde, wählt die Demokratische Partei in ihrer Entscheidung liegt es, ob eine wahrhaft demokratische Kreisordnung bald Wirklichkeit wird. er

Die Städtischen Bühnen teilen mit:

In der Dienstag-Wiederholung von Mozarts „Don Giovanni“ singt Wilhelm Hruschka erstmals die Titelpartie und Rosemarie Lenz die Partie der Zerline (4. Dienstag-Miete A). Die Wiederholung des Schauspiel „Ein Inspektor kommt!“ in den Städt. Kammerspielen findet im Anrecht der 3. Mittwoch-Miete A statt. Am Donnerstag im Casino „Die Dabarry“ (3. Donnerstag-Miete A). In Vorbereitung: Für Samstag, den 20. Oktober, in den Städt. Kammerspielen „Der Richter von Zalamea“ von Calderon, Titelrolle: Franz Everth.

Die Städt. Bühnen geben bekannt, daß der Gesamtwochenplan für das Casino und die Städt. Kammerspiele jeweils am Wochenende (in der Samstagnummer „Das Neue Baden“) innerhalb des Anzeigenteils veröffentlicht wird. Die Theaterbesucher werden gebeten, sich dieses Inserat auszuscheiden.

Aus dem Kreis Emmendingen

Emmendingen. Am Donnerstag, 23. Oktober, vormittag 9 Uhr, findet in der Aula der Karl-Friedrich-Schule Emmendingen eine öffentliche Sitzung der Kreisversammlung statt.

Riegel. In diesen Tagen feiert der Ratsherr Karl Fehrenbach sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. Im Volksmund wird er der „Klausenbot“ genannt und genießt unter diesem Namen großes Ansehen.

Kenzingen. Herr Leo Dörenbecher, Privat, hat die Geschäfte als Vorsitzender der Demokratischen Partei niedergelegt. Die Neuwahl des Parteivorstandes ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender: Kaufmann Rudolf Amba, Schriftführer: Hauptlehrer Emil Meier, Kassierer: Bohrd-Angast Horst Lehmann. Zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen hat die Partei eine Vorschlagsliste eingereicht. Bei einer größeren Wahlversammlung wird voraussichtlich Generalsekretär Wolf-Lahr referieren.

Herbolzheim. Frau Berta Häring, geb. Dörle, feierte dieser Tage bei bester Gesundheit ihren 75. Geburtstag.

Waldkirchs Gemeinderat tagte

Waldkirch. In einer umfangreichen Tagesordnung nahm der Gemeinderat Waldkirch zu verschiedenen Fragen Stellung. Bürgermeister Wolfspurger gab zunächst bekannt, daß in hiesiger Stadt über 1000 Schüler zwischen dem 6. und 18. Lebensjahr an einer Speisung der Amerischillen teilnehmen. Eine Mahlzeit enthält 300 Kalorien. Für diese Speisung sollen die Küchen der hiesigen Gasthäuser herangezogen werden. — Über den Stand der Wohnungsfrage berichtete Stadtbauamtsleiter Stephan; des Weiteren über die Glühlampennot, die zur Folge hat, daß nachts ganze Stadtteile im Dunkeln liegen müssen. — Einem Beschluß zufolge sollen wieder die zerstörten Bänke und Sitzgelegenheiten, ebenso der vom Hochwasser zerstörte Jungfernsteg und mehrere Schutzhütten im Kandelwald erstellt werden. — Wegen Außerachtlassung der Anordnungen des Wohnungsmietes wurde ein Bürger mit einer Ordnungsbüße von 50 Mark belegt. — Ausführliche Erörterung fand die Planung des Kreises, eine Kraftverkehrs-Gesellschaft mit einem Kapital von 10.000 Mark ins Leben zu rufen,

Kreisrat Haberer zu den kommenden Wahlen

Frage: Was erhoffen Sie von den kommenden Wahlen für die Demokratische Partei? Antwort: Wir rechnen selbstverständlich mit einem nicht zu geringen Stimmzuwachs. Ich glaube, daß wir auf Grund unserer Haltung, sowohl im Landtag, als auch in den anderen Gremien, in denen wir vertreten waren, gezeigt haben, daß wir den Interessen weiter Kreise der Bevölkerung Rechnung getragen und uns für die Freiheit des einzelnen weitgehend eingesetzt haben. Frage: Haben Sie dabei Ihr Hauptaugenmerk auf die Städte oder mehr auf die Landbezirke gerichtet? Antwort: Wir erwarten in den Städten sowohl als auch auf dem Lande gleichermaßen stärkere Sympathien und dementsprechend einen Stimmengewinn. Daß wir aber auch die Landbezirke nicht vernachlässigt haben, geht daraus hervor, daß wir diesmal bedeutend mehr Listen für die Demokratische Partei aufstellen können, als dies bei der letzten Wahl der Fall war. Frage: Rechnen Sie mit einer guten Wahlbeteiligung? Antwort: Bei den Gemeindevahlen, wo örtliche Belange eine große Rolle spielen, ist unbedingt mit einer guten Wahlbeteiligung zu rechnen. Jedoch wird, nach den vielen Wahlzügen, die bevorstehen, späterhin eine Wahlmüdigkeit zu erwarten sein. Frage: Nach welchen Gesichtspunkten sind die zum Vorschlag kommenden Kreisrätsmitglieder der Demokratischen Partei aufgestellt worden? Antwort: Wir haben versucht, möglichst aus allen Kreisen der Bevölkerung Kandidaten aufzustellen. In der Hauptsache haben wir jedoch Wert darauf gelegt, in den Kreisrat tüchtige Landwirte zum Vorschlag zu bringen, da uns deren Mitwirkung, gerade im Kreis, als außerordentlich wertvoll erscheint. Frage: Welche Hauptforderungen stellt die Demokratische Partei für die nahe Zukunft? Antwort: Im kleineren Kreise gesehen, treten wir zunächst für eine saubere und spar-

same Verwaltung ein, die, frei von jeder ungesunden Bürokratie, nach dem gesunden Menschenverstand geführt wird. Im weiteren Blickfeld stehen unsere Bemühungen für den Zusammenschluß zu einem Südwestdeutschen Staat, unter der Voraussetzung, daß die badischen Belange entsprechend berücksichtigt werden. Dann stellen wir schon sehr geraumer Zeit die Forderung nach freier Wirtschaft auf. Wir wünschen die Aufhebung aller zwangswirtschaftlichen Maßnahmen, soweit nicht einzelne Produkte, wie Fett, Mehl usw. bewirtschaftet bleiben müssen. Frage: Wird sich die Demokratische Partei auch weiterhin in der Opposition gegenüber der Regierungspartei befinden und eine Zusammenarbeit ablehnen? Antwort: Die Demokratische Partei ist immer bereit, verantwortlich in einer Regierung mitzuarbeiten unter der Voraussetzung, daß sie ihrer Meinung auch Durchschlagkraft verleihen kann und nicht einer absoluten Mehrheit gegenübersteht, die die Durchführung ihrer Forderungen unmöglich macht. Frage: Trägt die Demokratische Partei in ihrer Arbeit auch der Jugend in irgendeiner Art Rechnung? Antwort: Wir setzen uns für die Jugend besonders ein. Ich erinnere nur daran, wie wir unsere Stimmen erhoben, als von der CDU der Sonntagvormittag für sportliche Veranstaltungen verboten werden sollte. Ferner setzt die Demokratische Partei überall Vertreter der Jugend auf ihre Listen, die bei der Wahl unbedingt zum Zuge kommen werden. Wir haben auch die Vereinigung „Junge Demokraten“ ins Leben gerufen, in der der Jugend Gelegenheit gegeben wird, ihre Interessen zu vertreten. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Jugend von dieser Möglichkeit regen Gebrauch machen würde, denn sie wird eines Tages hoffentlich in der Lage sein, in einem wahrhaft demokratischen Staate zu leben, darin aufzugehen und durch tatkräftige Mitarbeit in demokratischem Sinne zum Wohle aller zu wirken. W. E.

Freiburger Studenten finanzieren ihr Studium

Der Werkstudent von heute — Ein Kurzwaren-Verkäufer in der Mensa academia

Im Erdgeschoß der Freiburger Universität, am Eingang zur Mensa, hat jeden Mittag zwischen 12 und 2 Uhr ein Student mit einem Kofferchen seinen „Stand“ aufgeschlagen. Er verkauft Kurzwaren: Schuhschere, Schuhnagel, Zahnputz, Rasierklings, Klammern, Heftzettel, Stoppfaden u. a. Seine Kunden sind die fast 2000 Studenten, die täglich in der Mensa ihr Mittagessen einnehmen. Er hilft seinen Kollegen, zeitraubende Gänge in die Stadt zu ersparen und hilft sich selbst. Er versucht, sein Studium zu finanzieren. In der gleichen Lage wie er sind zahlreiche andere Studierende. Erich K., stud. rer. nat., 3. Semester, wohnt mit seiner Mutter und drei kleineren Geschwistern in Freiburg. Sein Vater starb 1934 an einer Kriegsverletzung. Im vorletzten Semester wurde Erich K. schwer krank. Er lag mehrere Wochen zu Bett und ließ sich im Sommersemester 1948 vom Studium beurlauben. Die Währungsreform stellte sein Studium, das er vorher durch Ersparnisse finanzierte, in Frage. Am 12. Juli begann er, gesundheitlich einermäßig hergestellt, als Hilfsarbeiter beim französischen Spezialbauamt, verlor Baumaterial und schleppte Zementtücke. Einige Zeit danach stieg er zum Holzwart beim gleichen Betrieb auf, und mit Hilfe seiner französischen Sprachkenntnisse brachte er es wenig später zur Ordnung bei einem französischen Capitaine. Mit seinem Lohn, je Stunde 95 Pfennig, trug er noch teilweise den Lebensunterhalt seiner Mutter und Geschwister. In diesem Semester will er sich intensiv dem Studium widmen, solange sein neu erworbenes „Kapital“ reicht. Dann wird er sich wieder nach einer Beschäftigung umsehen müssen, wenn es seine Gesundheit erlaubt. In den Wäldern bei St. Blasien fällte ein 22jähriger Student mit einem steifen Bein, Kriegsversehrt Stufe II, mit vielen anderen Kollegen vom Borkenkäfer befallene Bäume. V. W. aus Berlin, stud. jur. im fünften Semester, hat es schon immer nicht leicht ge-

habt. Früher finanzierte er sein Studium aus Stipendien, Bühnenerniedigung und Ferienarbeit, darunter Austräger bei einer Tageszeitung in Berlin. Trotz seiner Behinderung machte ihm die Arbeit im Walde Spaß. Da ist man draußen und gibt kein Geld aus, meinte er. Bei freier Stallon erhielt er 1 DM in der Stunde. Nach Berlin zu fahren, hat er gegenwärtig keine Möglichkeit und auch kein Geld. Sein Vater ist verarmt im Osten. Er will sehen, daß er sich bis zum Examen, das im nächsten Jahre steigen soll, durchschlägt. Die 22jährige E. B. studiert Musik im 3. Semester. Sie möchte später den Beruf einer Musiklehrerin ergreifen. Ihre besondere Vorliebe gilt der Kirchenmusik. E. B. stammt aus Oberschlesien und flüchtete im Januar 1943 nach Thüringen. Als Helferin in einem Säuglingsheim und als Kinderfrau lernte er sich ihren Lebensunterhalt und sammelte geringe Ersparnisse. Dazwischen war sie zweimal schwarz in ihrer polnisch besetzten Heimat. Ihre Mutter starb vor dem Krieg, ihr Vater 1946 nach Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft. 1947 kam sie nach Baden, wurde Hausgehilfin in einem Arzthaus und begann gegen Ende des Jahres ihr Studium, wobei sie durch Büroarbeiten nebeher verdient. Die Währungsreform zerstörte ihre bescheidenen geldlichen Mittel und sie benutzte die Sommerferien, um als Hilfskraft der Städtischen Sparkasse bei der Auszahlung der Rest-Kopfquote neue Mittel zu erwerben, während sie neben dem Studium weiterhin Büroarbeiten verrichtete. Das sind nur einige Beispiele aus der großen Zahl der durch die Währungsreform besonders hart betroffenen Studenten. Die Notlage der jungen Akademiker läßt sich heute nicht mehr übersehen. Viele, die bisher ihr Studium durch Sparkonten finanzierten, wurden durch die Währungsreform vor das absolute Nichts gestellt. Während früher die Studenten meistens sehr junge Menschen waren, liegt heute das Durchschnittsalter bei 26 Jahren. Ein großer Teil ist außerdem verheiratet und muß die Ehefrau und Kinder ernähren. Da staatliche Unterstützung in ausreichendem Maße nicht zu erwarten war, griff man zur Selbsthilfe. Ganz- oder halbtägige Arbeit wurde angenommen. Besonders die Semesterferien halfen dazu bei, ein kleines Grundkapital für das neue Semester zu legen. Jetzt sind besonders Gelegenheitsarbeiten, die neben dem Studium ausgeführt werden, stark gefragt. Die Studentenhilfe hat sich als Vermittler eingeschaltet und vergibt einlaufende Arbeitsangebote an die täglich wegen Erwerbsmöglichkeiten vorsprechenden Studenten und Studentinnen. Die Werkstudenten sind in fast allen Berufsgruppen zu finden. Daneben gibt es ausgesprochene „Sonderfälle“. So agiert eine Physikstudentin als Double von Heidemarie Hatheyer bei den gegenwärtigen Filmdreharbeiten in Freiburg. Das Studium ist so für viele zum entbehrungsreichen Weg zum Beruf geworden, das den Einsatz der ganzen Person im Kampf um die nackte Existenz erfordert. Ebenso wichtig wie die Anwesenheit von akademischen Fähigkeiten und Kenntnissen wurde die Ueberwindung der Schwierigkeiten und Hindernisse des Alltags. h. m.

Was bietet Freiburg?

Dienstag, den 24. Oktober: Städt. Bühnen, Casino: „Don Giovanni“, 19.30 Uhr. Mittwoch, den 27. Oktober: Städt. Bühnen, Kammertheater: „Ein Inspektor kommt“, 19.30 Uhr. Täglich: „Liederspiele, Casino: „Cretzerische Melodien“, — Friedrichshaus: „Das heimliche Lied“, — Harmsmühl: „Paganini“, — Union: „Gebrandmarkt“, — Augustinermuseum: Richard Engelmann, — Paulusplatz: Georges Braque, — Konstantin Stratz: Wolf Hart.

Brief aus Neustadt

Neustadt. Die in Freiburg-Littenweiler ausgebrochene Maul- und Klauenseuche verlangt auch in unserem Kreisgebiet besondere Vorsichtsmaßnahmen. Die Bevölkerung wird auf die großen Gefahren der Weiterverbreitung dieser Seuche aufmerksam gemacht. Es ist gut, wenn man fremden Personen den Zutritt zu den Ställen versagt.

Der Haushaltsplan der Stadt liegt für die Dauer einer Woche ab 22. Oktober zur Einsicht im Rathaus, Zimmer 7a auf.

Der Obermeister der Malerinnung hatte seine Kollegen zusammen mit Vertretern der Preisbehörde und die Presse zu einer Besprechung eingeladen und dabei auf die stark verteuerten Farben und Lacke, überhaupt auf die etwa um 300 bis 800 % gestiegenen Materialkosten hingewiesen. Ursache zu dieser Besprechung gab ein Angriff gegen das Malerhandwerk bzw. die Beanstandung einer Rechnung für die Ausbesserung einer Metzgererei.

Auch die Fleischerinnung hielt eine Generalversammlung ab. Nach Bekanntgabe des Geschäfts- und Kassenberichtes wurde Obermeister Josef Meier-Neustadt mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der Leiter der Erfassungsabteilung gab die neuen Schlachtvieh- und Fleischpreise bekannt. Danach kostet ein Kilo Rindfleisch 2.75 DM, Kalbfleisch 2.71, Schweinefleisch 3.66 und Hammelfleisch 2.48 DM. Auch die Fleisch- und Würstwaren haben durchschnittlich um 24 Prozent aufgeschlagen. Er gab weiter bekannt, daß dem Kreisgebiet erst 200 Gramm Fleisch zugeteilt werden konnten, da eine Umlage nach Freiburg mit 18 Tonnen und die Truppenlieferungen nicht erfüllt worden seien. Die Truppenlieferungen sollen später durch Gefrierfleisch ersetzt werden. Die Metzger machten geltend, daß keine Veranlassung bestünde, nach Freiburg Fleisch zu liefern, da dort auf dem Schwarzmarkt genügend Fleisch zur Verfügung stünde. Gleichfalls waren die Handwerker aufgebracht über die geringen Zuteilungsmengen, zumal Landwirtschaftsminister Kirchgäßner kürzlich in Emmendingen 600 Gramm pro Monat zugesagt hatte. Gänzlich untragbar aber seien die neuen Preise und die damit festgelegten Handelsspannen. Ein ehrlicher Metzger müsse in kurzer Zeit zugrunde gehen.

Parteinachrichten

Wahlversammlung in Freiburg

Bei einer öffentlichen Wahlversammlung der Demokratischen Partei am 30. Oktober in Freiburg-Günterstal, Gasthaus „Kybbelsen“, werden Landtagsabgeordneter Menges und Stadtrat Schenkenau sprechen. Die Versammlung steht unter dem Thema: „Demokratische Politik in Stadt und Staat.“

Die DP spricht zu den Wählern

Versammlungen im Kreis Emmendingen Am 23. u. 24. Oktober fanden in Oberpretal, Vöhrstetten und Denzlingen erfolgreiche Wahlversammlungen der Demokratischen Partei statt. Wirtschaftstreuhandler Blesing, Villingen, sprach über aktuelle Probleme im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen.

Die Wahlvorbereitungen in Grafenhausen

Grafenhausen (Kreis Neustadt). Der Ortsverein Grafenhausen der Demokratischen Partei begann seine Vorbereitungen für die bevorstehenden Kommunalwahlen mit einer gut besuchten Versammlung der Mitglieder und geladener Nichtmitglieder und Jungdemokraten im Gasthaus „Zum Krauz“. Der Vorsitzende, Malermeister Jäger, verlas das vorläufige Programm der DP und streifte anschließend auch einige örtliche Angelegenheiten. Die Wahlvorschlagsliste zur Gemeinderatswahl fand allgemeine Zustimmung. Ein Wahlfond wurde geschaffen, ebenso wurden mehrere Bürger in den Ortsverein neu aufgenommen und das Parteilog von Neumitgliedern bestellt. Auch wurde beschlossen, ein Exemplar von „Das Neue Baden“ einem bedürftigen ausgebombten Parteifreund unentgeltlich zukommen zu lassen.

Waldau. Die erste Wahlversammlung mit dem Spitzenkandidaten für die Kreisratswahl, Bürgermeister Stahl, Titisee, als Redner war sehr gut besucht. Die sachlichen und aus der Praxis des Lebens geschöpften Ausführungen des Redners fanden den vollen Beifall der Versammelten. Selbst der gegnerische Diskussionsredner fand nur Worte der Anerkennung für die Tätigkeit von Bürgermeister Stahl im Interesse der Allgemeinheit. Im Anschluß an die Versammlung wurde die Kandidatenliste der Demokratischen Partei für die Gemeinderatswahl aufgestellt. 6 Bürger der kleinen Gemeinde gaben ihre Zustimmung als Wahlbewerber.

Der deutsche Bruder im Osten sieht auf Dich! Bekenne Dich zur Freiheit!

